



Presseschau vom 17.07.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

vk-Seite der Jugendplattform von Oplot Donbassa: **Erklärung der Vorsitzenden der Jugendplattform von Oplot Donbass Natalja Wolkowa**

Meine Empörung kennt keine Grenzen! Was geschieht in meiner Republik?

SelenskijErkenneDieWahlDesDonbassAn??? Nach all dieser Zeit sollen wir, ein geistig starkes Volk, das zehntausende seiner Mitbürger begraben hat, das aus der Asche wieder aufgestanden ist, uns erniedrigen und um Anerkennung bitten? Die Ukraine gibt es seit 2014 nicht mehr! Es ist ein Land von Nazisten, Verbrechern und Verrätern. Wie P. Poroschenko nicht legitim an die Macht kam, so kann auch sein Clownnachfolger Selenskij nicht als gesetzlicher Präsident angesehen werden!

Ich lese die Erklärungen von Abgeordneten des Volkssowjets der DVR, von Bürgermeistern und anderen hochrangigen Persönlichkeiten und kann es nicht begreifen. Wie viele Soldaten haben diese Petition unterschrieben? Wie viele Menschen, die Verwandte, Freunde und Genossen verloren haben? Ich weiß nicht, wie die Million zusammen gekommen ist, aber ich meine, dass das eine grobe Fälschung ist. Ich habe keinen einzigen Menschen getroffen, der diese schändliche Petition unterschreiben hat. Und ich habe kein Verständnis dafür, was im Kopf eines Bürgers der Republik vorgeht, der sich dieser Aktion anschließt.

Wir sind die Donezker Volksrepublik! Wir werden nie in die Knie gehen!

SelenskijLassDenDonbassInRuhe

vormittags:

mil-lnr.info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der bewaffneten

Formationen der Ukraine auf das Territorium der LVR festgestellt.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 16. Juli 3:00 Uhr bis 17. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 12. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Dolomitnoje, Spartak, Donezk (Flughafen), Jasnoje, Jelenowka, Leninskoje, Sachanka.** Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an Wohnraum und Infrastrukturobjekten wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 213.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 119.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-Waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Für Abschreckung Russlands: Litauen ruft zu mehr US-Truppen in baltischen Staaten auf

Die baltischen Staaten wünschen sich die Ausweitung der US-Truppenpräsenz auf ihren Territorien, um Russland abzuschrecken. Darüber schreibt das Portal Defense News. Im Interview mit dem Portal erklärte beispielsweise der litauische Verteidigungsminister, Raimundas Karoblis, dass eine verstärkte Präsenz der Bataillone im Rahmen des Nato-Programms Enhanced Forward Presence (EFP; Verstärkte Vornepräsenz) in Lettland, Litauen und Estland die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts in der baltischen Region erheblich verringern könnte.

„(...) Die USA sind der stärkste Verbündete und ihr Abschreckungseffekt kann nicht mit der Rolle anderer Verbündeter verglichen werden“, gab der litauische Verteidigungsminister zu verstehen.

„Ich bin mir sicher, dass Russland es nicht wagen wird, die Nato zu testen, wenn sich die US-Militäreinheiten dauerhaft in drei baltischen Staaten befinden.“

Karoblis zeigte sich überzeugt, dass sogar eine ziemlich kleine US-Militärpräsenz in Form von Einheiten aus der Luftabwehr mit geringer Reichweite oder einer Armeetruppe zusätzlich mit jedem EFP-Bataillon „erheblich die Nato-Abschreckung erhöhen“ würde.

Immer mehr Nato-Truppen

Zuvor hatte der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Michail Popow, im Interview mit der offiziellen Zeitung des Verteidigungsministeriums Russlands „Krasnaja Swesda“ angekündigt, dass die Nato ihre Truppen an die Grenze zu Russland verlege. Ihm zufolge stellt das Bündnis das während des Kalten Krieges existente System wieder her, das die transatlantische Verlegung von Verstärkungstruppen aus den USA und Kanada vorausgesetzt hatte.

Laut Popow hat sich die Mannschaftsstärke der schnellen Eingreiftruppen der Nato innerhalb von zwei Jahren von 25.000 auf 40.000 Menschen erhöht.

„Russische Bedrohung“?

Westliche Politiker äußern sich regelmäßig zu der „russischen Bedrohung“ – am häufigsten Vertreter baltischer Länder und Polens. Dabei hat Moskau mehrfach betont, dass Russland niemals irgendein Nato-Land angreifen werde. Der russische Senator Alexej Puschkow wies darauf hin, dass die Politiker in den baltischen Republiken sich der Tatsache bewusst seien, dass es keine „russische Bedrohung“ gebe. Sie würden aber weiter so tun, um ihre Positionen in der Nato zu stärken.

Wie Russlands Verteidigungsminister, Sergej Schoigu, zuvor angemerkt hatte, wurde die Zahl der Nato-Truppen an der russischen Grenze während der „Hysterie“ in Polen und im Baltikum um das Siebenfache erhöht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31980/75/319807537.jpg>

Dan-news.info: **Jelenowka** im Süden von Donezk hatte aufgrund von Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen keinen Strom, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Am 16. Juli um 23:44 Uhr wurde durch Geschosssplitter eine Hochspannungsleitung beschädigt. Davon sind 1946 Haushalte betroffen.

Um 6:17 Uhr wurde die Ortschaft an eine Reserveleitung angeschlossen. Die Energetiker der Republik haben bereits mit den Wiederaufbauarbeiten begonnen.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Fünf Jahre nach MH17-Abschuss: EU macht Russland verantwortlich – Moskau fordert Objektivität**

Fünf Jahre nach dem Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs über der Ostukraine hat die EU Russland aufgefordert, die Verantwortung für die Tragödie zu übernehmen. Moskau weist diesen Aufruf zurück und wirft den Ermittlern Voreingenommenheit vor.

Die EU habe volles Vertrauen in die Arbeit der Untersuchungskommission JIT in den Niederlanden, hieß es in einer am Mittwoch von der EU-Vertretung in Moskau veröffentlichten Mitteilung.

Der Europarat begrüßte zudem die Nachricht, dass die niederländischen Behörden demnächst Strafverfahren gegen vier Verdächtige im Fall MH17 einleiten.

Moskau hat auf den Apell inzwischen reagiert. Die russische Botschaft in den Niederlanden erklärte, sie habe bisher keinen Auslieferungsantrag für die Verdächtigen erhalten. „So einen Antrag haben wir von den Holländern nicht erhalten und werden ihn auch kaum erhalten. Sie kennen unsere Gesetze in diesem Bereich sehr gut und werden sich wohl kaum an unsere Botschaft wenden“, sagte der russische Botschafter in den Niederlanden, Alexander Schulgin. Im vergangenen Juni hatte das JIT die Namen von vier Verdächtigen im Fall der abgeschossenen malaysischen Boeing genannt. Demnach sind es die Russen Igor Girkin,

Sergej Dubinski und Oleg Pulatow sowie der Ukrainer Leonid Chartschenko. Der Gerichtsprozess gegen sie soll am 9. März 2020 in den Niederlanden beginnen.

Russland spricht von Voreingenommenheit

Der Chef des Auslandsausschusses der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus – Anm. d. Red.), Leonid Sluzki, bezeichnete die Aufrufe der EU, die Verantwortung für den Abschuss zu übernehmen, als seltenen Zynismus und politische Voreingenommenheit. Brüssel verweigere damit eine objektive Untersuchung und auch die Unschuldsvermutung gelte in diesem Fall nicht.

Das Außenministerium in Moskau hat JIT aufgefordert, sich auf eine unparteiliche Analyse aller vorhandenen Angaben zu konzentrieren. Die Art und Weise, wie die Ermittlung bisher geführt worden sei, zeuge nicht von deren Unvoreingenommenheit und Unabhängigkeit. „Aber trotz der voreingenommenen Einstellung bleibt bei der russischen Seite die Bereitschaft für Kooperation erhalten. Wir sind überzeugt, dass der Weg zur Wahrheit über Dialog und Zusammenarbeit führt“, hieß es.

Putins Forderung

Im vergangenen Jahr hatte der russische Präsident Wladimir Putin die Bedingung genannt, unter der Russland die Ermittlungsergebnisse des JIT anerkennen würde. Dafür müsse Moskau ohne Einschränkungen an der Ermittlung beteiligt sein. „Unsere Position lautet: Wir haben ursprünglich eine gemeinsame Arbeit bei der Ermittlung zu dieser Tragödie angeboten. Doch zu unserer Überraschung lässt man uns zur Ermittlung nicht zu“, so Putin.

„Die ukrainische Seite arbeitet dort, obwohl die Ukraine gegen internationale Regeln verstoßen hat, als sie den Luftraum über dem Territorium nicht geschlossen hat, auf dem Kriegshandlungen stattfanden. Aber sie darf daran teilnehmen, und Russland nicht.“

Offene Fragen

Auch fünf Jahre nach der Tragödie bleibt unklar, warum die Ukraine den Luftraum über dem Donbass nicht sperren ließ, obwohl dort damals schon seit Tagen Militärflugzeuge der ukrainischen Luftwaffe von den „Aufständischen“ abgeschossen wurden. So starben am 14. Juni beim Abschuss einer Militärmaschine vom Typ Iluschin IL-76 beim Landeanflug auf den Flughafen Lugansk 49 Menschen. Wollte Kiew etwa nicht auf die Einnahmen aus den Überflugrechten verzichten?

Am Abend vor dem Abschuss der Boeing zeigte das ukrainische Militärfernsehen Verteidigungsminister Waleri Geletej bei der Inspektion einer einsatzbereiten Buk-Einheit im Kriegsgebiet. Bereits drei Wochen vor dem Abschuss der MH17 berichteten russische Medien, die Volksmiliz habe einen Stützpunkt der ukrainischen Luftabwehr in Donezk besetzt und ein Buk-System erbeutet. Das Verteidigungsministerium in Kiew wies das zwar zurück. Am Tag nach dem Abschuss gestand der ukrainische Geheimdienst SBU aber ein, von einem Buk-System bei der Volksmiliz gewusst zu haben.

Die Familien der Opfer haben sich am fünften Jahrestag der Tragödie erneut an Russland gewandt. Sie rufen die russischen Behörden zur Zusammenarbeit auf und dazu, einen Teil der Verantwortung für den Abschuss zu übernehmen. Sie warfen zudem Moskau vor, widersprüchliche Angaben zu MH17 verbreitet zu haben, um die Wahrheit zu vertuschen. Die Boeing 777 der Malaysia Airlines mit der Flugnummer MH17 war am 17. Juli 2014 im umkämpften ostukrainischen Gebiet Donezk abgestürzt. Alle 298 Insassen der Verkehrsmaschine, die von Amsterdam nach Malaysia unterwegs war, kamen ums Leben. In der Region lieferten sich die ukrainische Armee und bewaffnete Regierungsgegner heftige Gefechte. Die Regierung in Kiew und die Milizen warfen sich gegenseitig vor, den Jet abgeschossen zu haben.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30037/44/300374410.jpg>

Dan-news.info: Eine Kundgebung zum Gedenken an die Opfer des Absturzes der malaysischen Boeing fand heute in der DVR statt. Am 5. Jahrestag der Katastrophe versammelten sich Einwohner der Republik am Ort der Katastrophe in Grabowo bei Tores. An der Veranstaltung nahmen etwa 500 Menschen teil, darunter das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin, der Vorsitzende des Volkssowjets Wladimir Bidjowka und andere Einwohner. Die Anwesenden ehrten das Andenken der Toten mit einer Schweigeminute. Zum Abschluss legten die Teilnehmer Blumen und Spielzeug am Denkmal nieder.

„Seit der schrecklichen Katastrophe sind fünf Jahre vergangen. Sie hat nicht zufällig stattgefunden. Dies ist eine Provokation des ukrainischen Regimes, das an diesem unglückseligen Tag auf absolut zufällige Menschen, die keinerlei Beziehung zu unserem Konflikt hatten, keine Rücksicht genommen hat. All diese Jahre versucht die Ukraine, die Volksmiliz und die RF zu beschuldigen. Das eine komplette Lüge. Es wurden keine Beweise vorgelegt, dass wir damit etwas zu tun haben, und es können auch keine vorgelegt werden“, sagte Puschilin.

de.sputniknews.com: **Fünf Jahre Russland-Sanktionen: Schaden in Ostdeutschland größer als im Westen**

Vor rund fünf Jahren hat die EU angesichts der Geschehnisse in der Ost-Ukraine erstmals Wirtschaftssanktionen gegen Russland verhängt. Wie nun bekannt wurde, hat dieses Exportverbot der Wirtschaft in den ostdeutschen Bundesländern deutlich mehr geschadet als Unternehmen im Westen der Republik.

Nach einer aktuellen Aufstellung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft zählt vor allem Sachsen zu den großen Verlierern der Russland-Sanktionen. Demnach ging das dortige Handelsvolumen zwischen 2013 und 2018 um 72,5 Prozent zurück. In den fünf ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) war es im Durchschnitt ein Minus von 28,7 Prozent. Zum Vergleich: In Westdeutschland schrumpfte der Warenaustausch dagegen nur um 17 Prozent.

Verzweiflung im Osten...

Der Geschäftsführer des Ost-Ausschusses, Michael Harms, führt das starke Gefälle vor allem darauf zurück, dass ostdeutsche Maschinenbauer sehr stark auf Russland ausgerichtet waren: „Das sind keine Großkonzerne, das sind alles Mittelständler, und die Ausfälle haben dann schon eine enorme Bedeutung.“

Die ostdeutschen Bundesländer hätten sich laut Harms verzweifelt bei dem Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft gemeldet, weil der Verlust von Großprojekten sie in große wirtschaftliche Schwierigkeiten bringe.

Ein dreistelliger Milliardenbetrag...

Harms betonte aber, dass der Rückgang im Handel die Sanktionsfolgen nicht eins zu eins abbilde. Es gebe nach Meinung des Wirtschaftsexperten Harms auch indirekte Effekte: „Viele deutsche Firmen sagen zum Beispiel, in solch einem politischen Umfeld schieben wir ein strategisches Investitionsprojekt in Russland auf die lange Bank. Oder die russische Regierung sagt: Wir orientieren uns dann doch lieber in Richtung China. Diese Effekte sind sehr schwer zu beziffern.“

Der größte Teil der EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund des Konflikts in der Ost-Ukraine sind seit dem 31. Juli 2014 in Kraft. Russland hatte im Gegenzug ebenfalls Sanktionen gegen die Länder der Europäischen Union verhängt. Den Gesamtschaden schätzt der Ostausschuss auf einen dreistelligen Milliardenbetrag. Sachsens Ministerpräsident, der CDU-Politiker Michael Kretschmer, hatte vor wenigen Wochen ein Ende der Sanktionen gefordert. Kurz darauf hatte die EU die Maßnahmen aber bis Januar 2020 verlängert.

mil-Info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt. Trotz der Versprechungen des Präsidenten der Ukraine Wladimir Selenskij, den Frieden wiederherzustellen, beschießen die ukrainischen Truppen weiter das Territorium der LVR und konzentrieren von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen in Popasnaja.

Nach Informationen unserer Aufklärung stationieren die Einheiten der 54. mechanisierten Brigade **schwere Waffen unmittelbar in Wohngebieten in Popasnaja**. In dieser Ortschaft wurden zwei Schützenpanzer entdeckt, die hinter einem Wohnhaus und auf dem Gebiet einer Schule stationiert sind. Gleichzeitig nutzen die ukrainischen Truppen zur Kontrolle der Ausrüstung ihrer Positionen im Gebiet der Stadt regelmäßig Drohnen, was auch im offiziellen Bericht der OSZE berichtet wird.

Um die Stationierung schwerer Waffen zu verheimlichen, hat der Kommandeur der OOS Syrschij die Anweisung gegeben, einen komplexen **Funkkampf zur Unterdrückung der Leitungskanäle der OSZE-Drohnen** zu organisieren.

Wir haben die Aktivität von mobilen Gruppen der elektronischen Kriegführung aus dem 20. Bataillon für elektronische Kriegführung im Verantwortungsbereich der 54. und der 30. Brigade festgestellt. Die OSZE-Beobachter haben mehrfach in ihren offiziellen Berichten über Fälle von Unterdrückung der Leitungskanäle ihrer Drohnen über von den ukrainischen Streitkräfte kontrolliertem Territorium im Gebiet von Solotoje und Troizkoje berichtet.

Das Kommando der OOS zieht weitere aktiv kontrollierte Medien zur Erstellung von Materialien, die ihre Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung des Donbass rechtfertigen, heran.

Im Verantwortungsbereich der 54. Brigade im Gebiet von Solotoje sind Gruppen von Journalisten der Fernsehsender „ICTV“ und „Ukraina“ in Begleitung von Offizieren des 72. Zentrums für informationspsychologische Operationen eingetroffen. Hauptaufgabe der ukrainischen Propagandisten ist es, Falschinformationen zu verbreiten, um die Führung der Republik der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

Im Zusammenhang damit schließen wir am Tag der Sitzung der Kontaktgruppe in Minsk Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer nicht aus.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und ihre Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts weiter streng ein. Auf alle aggressiven Handlungen sind die Soldaten der Volksmiliz der LVR bereit, eine adäquate Antwort mit nicht von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen zu geben.

de.sputniknews.com: Elf weitere Strafverfahren gegen Poroschenko und sein Team

Das staatliche Ermittlungsbüro der Ukraine hat laut seinem Chef Roman Truba elf Strafverfahren gegen den ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko und weitere ranghohe

Politiker aus seinem Umfeld eingeleitet.

Poroschenko sei am Mittwoch als Zeuge wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und Legalisierung von 300 Millionen US-Dollar zur Vernehmung vorgeladen worden, aber nicht erschienen. Es solle deshalb eine weitere Vorladung an ihn ausgestellt werden.

Der Anwalt des ehemaligen Präsidenten, Igor Golowan, verteidigte Poroschenko mit den Worten, er habe keinen Bescheid erhalten, und betonte, sein Mandant werde keinesfalls Kontakt zu den Ermittlern vor der Parlamentswahl aufnehmen – wegen seiner derzeitigen „wahlbezogenen Tätigkeiten“.

Der Ex-Präsident kandidiert am 21. Juli als Führer der Partei „Europäische Solidarität“ fürs Parlament.

Poroschenko war bereits zuvor in mehreren Verfahren Angeklagter – es ging unter anderem um Macht- und Amtsmissbrauch bei der Postenverteilung im Energiekonzern Zentenergo. Außerdem wurde er der Machtergreifung und des Hochverrats im Zusammenhang mit dem Vorfall in der Straße von Kertsch im November 2018 beschuldigt.

Im Mai hatte ihn die Staatsanwaltschaft bei Untersuchung der Morde auf dem Kiewer Maidan-Platz im Jahr 2014 zur Befragung vorgeladen.

Poroschenko selbst sagte später, er fühle sich für das ukrainische Volk verantwortlich und habe keine Angst vor Strafverfolgung.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32545/56/325455624.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17.07.2019**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von acht Ortschaften der Republik beschossen, auf die 70 Mörsersgeschosse, davon 31 des Kalibers 120mm, abgefeuert wurden.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer Garas‘ aus der 30. Brigade morgens und tagsüber **Dolomitnoje** mit 120mm- und 82mm-Mörsern beschossen.

Mit Beginn des Abends und der Nacht, als die friedlichen Einwohner nach Hause zurückkehrten, wurde das Feuer der ukrainischen Strafruppen auf Ortschaften in Richtung Donezk und Mariupol verlegt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 35. Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Palas **Jasnoje** und **Jelenowka** mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Granatwerfern verschiedener Art und Schusswaffen beschossen.

Beschossen wurden **Spartak** und das **Gelände des Donezker Flughafens**, auf die die ukrainischen Besatzer aus der 56. Brigade unter Kommando von Iwanow 26 82mm-Mörsersgeschosse abgefeuert haben. Infolge des Beschusses wurden nach vorläufigen Informationen 12 Häuser in der Pobeda- und der Drushba-Straße beschädigt.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer aus der 36. Brigade unter Kommando von Gnatow

Leninskoje und Sachanka mit Mörsern beschossen.

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU betrug 12.

So setzten die ukrainischen Besatzer den Genozid an den Einwohnern des Donbass fort, in dessen Folge allein in der letzten Woche eine Frau, geb. 1949, in Gorlowka getötet wurde und zwei friedliche Einwohner in Dokutschajewsk und Sachanka verletzt wurden.

Die Verstärkung des provokativen Beschusses unserer Republik bringen wir mit dem heute stattfindenden Treffen der dreiseitigen Kontaktgruppe in Minsk in Verbindung.

So ist nach Angaben unserer Quelle das **Kommando der Strafoperation** nicht an einer friedlichen Regelung des Konflikts interessiert und hat den von ihm kontrollieren radikalen **Nationalisten aus dem „Rechten Sektor“ und „Asow“ die Anweisung gegeben, provokativen Beschuss auf Ortschaften der DVR durchzuführen.**

Es ist wichtig anzumerken, dass derzeit in Richtung Gorlowka auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium Vertreter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz arbeiten. So gefährden die ukrainischen Kämpfer nicht nur die Verhandlungen, sondern auch das Leben ziviler Einwohner und von Mitarbeitern internationaler humanitärer Missionen.

Dabei blockieren die ukrainischen Besatzer zum Zweck der Verheimlichung ihrer Verbrechen und der Verbrechen ihrer nazistischen Kumpane weiter die Arbeit von Drohnen der OSZE-Mission durch Funkunterdrückung ihrer Leitungskanäle. Dies wird auch in den offiziellen Berichten der Mission bestätigt, außerdem stellen wir ständig die **Aktivität von Mitteln der elektronischen Kriegführung in Richtung Gorlowka und Mariupol** fest.

Im Vorfeld der Wahlen zur Obersten Rada ist die Verstärkung der Agitationstätigkeit unter den Kämpfern der BFU festzustellen. Das Kommando der OOS ist an der Agitation unmittelbar aktiv beteiligt.

Der Kommandeur der OOS Syrskij hat in die Verbände der Besatzungstruppen Anweisung gegeben je fünf Soldaten, die ukrainisch sprechen, zur Verfügung zu stellen und in den Stab der OOS zu schicken, damit sie an Videoaufnahmen zur Unterstützung der bevorstehenden Wahlen teilnehmen. Die Aufnahme wird durch eine Gruppe von Journalisten und Kameraleuten des Fernsehsenders „Fünfter Kanal“, der von P. Poroschenko kontrolliert wird, durchgeführt. Nach Informationen aus der Umgebung Syrskijs ist die Agitation auf die Unterstützung der Partei „Europäische Solidarität“ gerichtet. Außerdem werden auf Anweisung von Syrskij Vertreter anderer Parteien, die die OOS-Zone besuchen, behindert.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine hat die Anwerbung von Einwohnern, die die Kontaktlinie an den Passierpunkten überschreiten, aktiviert.

Insbesondere am KPP „Majorsk“ machen Mitarbeiter des SBU Fotos und Videoaufnahmen von Zivilisten und ihren Dokumenten, um anschließend ihre Verwandten, die auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium leben, zu erpressen. Es sind bereits drei Einwohner der Ukraine bekannt, die im Zusammenhang mit Versuchen stehen, von Seiten des SBU Druck auf sie auszuüben und Verwandte, die auf dem Territorium der Republik leben, zur Zusammenarbeit zu bringen.

abends:

de.sputniknews.com: **5. Jahrestag der MH-17 Tragödie: So gedenken Menschen im Donbass**

Auch fünf Jahre nach dem tragischen Absturz des Flugzeuges MH-17 trauern die Menschen im Donbass. Das Unglück vom 17. Juli 2014 bleibt dort unvergessen. Am Mittwoch fand in der Nähe der einstigen Absturzstelle eine andächtige Trauer-Zeremonie statt. Die Bilder mahnen an die damalige Tragödie.

Am 17. Juli 2014, also am Mittwoch vor fünf Jahren, ereignete sich der Absturz des Flugs „MH-17“. Damals wurde das Boeing-Flugzeug aus Malaysia über der Ukraine angeblich

durch eine Rakete abgeschossen. Dabei fanden 283 Fluggäste und 15 Crew-Mitglieder im Flugzeug den Tod.

Auch am fünften Jahrestag des Unglücks trauern immer noch Menschen und Angehörige im Donbass. Bis heute hält das Leid an, vor allem auch bei der Absturzstelle in der Nähe des Dorfes Grabowo. Bei einer Trauer-Zeremonie zeigten am Mittwochmittag mehrere Menschen und Angehörige Bilder der damals Verunglückten hoch. Sie alle wohnten einer andächtigen Erinnerungs-Zeremonie bei, legten Kränze nieder und gedachten der Opfer des MH-17-Absturzes.

Die verunglückte MH-17 der Malaysian Airlines war ein regulärer Linienflug, der in Amsterdam startete, mit Ziel Kuala Lumpur. Es befanden sich damals viele Passagiere aus verschiedenen Ländern an Bord. Daher kamen am Mittwoch auch Trauergäste aus dem Ausland zur Trauer-Zeremonie in den Donbass.

https://video.img.ria.ru/Out/Flv/20190717/2019_07_17_VideoREADMH17_gfnamux2.ewo.mp4

de.sputniknews.com: Nato-Dokument verrät Lagerorte US-amerikanischer Atomwaffen in Europa

Ein Nato-Bericht hat laut der „Washington Post“ einen direkten Hinweis auf den Standort der US-Atomwaffen in Europa geliefert. Bisher soll es dazu noch keine offiziellen Informationen gegeben haben.

Hinter dem im April veröffentlichten Dokument mit dem Titel „Eine neue Ära der nuklearen Abschreckung? Modernisierung, Rüstungskontrolle und Alliierte“ steht demnach der kanadische Senator und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung, Joseph Day. Das Dokument wurde kurz nach seiner Veröffentlichung gelöscht. Der belgischen Zeitung „DeMorgen“ soll aber eine Kopie der entsprechenden Textpassage über die Lagerorte zur Verfügung stehen.

Demzufolge stationieren die Vereinigten Staaten im Rahmen der Nato-Kooperation rund 150 Nuklearwaffen, insbesondere B61-Fliegerbomben, an folgenden sechs Stützpunkten: Kleine Brogel in Belgien, Büchel in Deutschland, Aviano und Ghedi-Torre in Italien, Volkel in den Niederlanden und Incirlik in der Türkei.

Das Dokument gibt „The Washington Post“ zufolge keine Informationsquelle an. Eine überarbeitete Version sei vorige Woche ohne Angaben über Standorte des Atomarsenals herausgebracht worden, berichtete die Zeitung.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32545/68/325456829.jpg>

de.sputniknews.com: **Experten warnen vor Kollaps der Ukraine ohne russischen Gastransit**

Die Ukraine wird mit einer technologischen Katastrophe konfrontiert, falls Russland den Gastransit durch das Territorium der Ukraine einstellt. Das erklärte der ukrainische Ex-Wirtschaftsminister Viktor Suslow am Mittwoch im TV-Kanal NewsOne.

Von einer solchen Gefahr hatte bereits früher der Chef des nationalen Energieversorgers Naftogaz, Andrej Kobolew, gesprochen. „Die Ukraine wird buchstäblich erfrieren, wenn zum bevorstehenden Winter nicht 20 Milliarden Kubikmeter Gas gespeichert werden“, warnte er. Suslow zufolge wird die Ukraine nicht in der Lage sein, den erforderlichen Druck in der Pipeline zu gewährleisten, falls der Transit ausfällt. „Damit das System normal funktioniert, müssten mindestens 45 Milliarden Kubikmeter Gas durch die Röhren geleitet werden“, sagte er.

„Bei zehn Milliarden bleibt das System lahm, weil die Röhren einen großen Durchmesser haben. Das bedeutet, dass ganze Regionen in der Ukraine ohne Gas bleiben. Wir werden uns gezwungen sehen, Betriebe und Städte von der Gasversorgung abzuschneiden, um den erforderlichen Druck im System zu sichern“, sagte Suslow.

Zuvor hatte Russland versichert, dass der Gastransit via Ukraine in gewissen Mengen erhalten bleibt. In diesem Zusammenhang rief Suslow die ukrainischen Behörden auf, bei den Verhandlungen mit Moskau Verantwortung an den Tag zu legen und keine barschen Erklärungen zuzulassen.

Die gültigen Verträge über die Gasversorgung der Ukraine und über den Gastransit durch ihr Territorium erlöschen Ende dieses Jahres.

Seit November 2015 bezieht die Ukraine kein Gas mehr in Russland. Das Land wird hauptsächlich von der Slowakei, Ungarn und Polen mit dem sogenannten Revers-Gas versorgt, das deutlich teurer ist als bei Direktlieferungen aus Russland.

Gazprom-Vorstandschef Alexej Miller hatte im Juni die Bereitschaft bekräftigt, Gas für die Ukraine deutlich billiger als Revers-Gas zu verkaufen, wodurch die Endverbraucher etwa um 25 Prozent weniger zahlen müssten. Aber Naftogaz-Topmanager Juri Witrenko bezeichnete das Angebot als „seltsam“, denn russisches Gas sei sowieso um 100 Prozent teurer. Um wieviel Prozent das Revers-Gas teurer ist, sagte Witrenko nicht.

de.sputniknews.com: **Weißes Haus: Türkei kann nicht mehr Teil von F-35-Jet-Programm sein**

Die USA haben die Türkei endgültig aus dem F-35-Programm gestrichen. Das Weiße Haus stellte am Mittwoch klar, dass die Türkei wegen des Kaufs des russischen Raketenabwehrsystems S-400 nicht mehr Teil des Programms zum Bau der Kampffjets F-35 sein könne.

Die Entscheidung der Türkei, das russische System zu kaufen, mache es unmöglich, dass das Land Teil des F-35-Programmes bleibe, hieß es in einer Stellungnahme des Weißen Hauses. Die Jets könnten nicht neben einem russischen Spionageinstrument eingesetzt werden, das dazu genutzt werde, mehr über die Fähigkeiten der Flugzeuge zu erfahren. Der Kauf der S-400 untergrabe die Verpflichtungen der Nato-Mitglieder untereinander, sich von russischen Systemen fernzuhalten, hieß es in der Mitteilung weiter.

Vorgängerregierung in Washington

US-Präsident Donald Trump hatte am Dienstag Verständnis für die Entscheidung der Türkei geäußert, das russische Raketenabwehrsystem zu kaufen. Die Türkei sei zu dem Schritt „gezwungen“ worden, da die demokratische Vorgängerregierung in Washington ihr nicht das amerikanische Patriot-System verkauft habe. Der Republikaner übernahm damit ein Argument der türkischen Regierung.

Streit zwischen Washington und Ankara

Der Kauf des russischen Systems sorgt seit Monaten für Streit zwischen den USA und der Türkei. Washington befürchtet nach eigenen Angaben, dass Russland über das Radar des Waffensystems an Daten über die Fähigkeiten der neuen US-Kampffjets F-35 gelangt. Die Türkei ist Partner beim Bau der F-35 und soll eigentlich etwa 100 Jets bekommen. Das Pentagon hatte im Juni Schritte eingeleitet, um die Türkei Ende Juli aus dem F-35-Programm zu werfen.